



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

19. Oktober 2010

Nr. 2010-617 R-151-13 Kleine Anfrage Urs Dittli, Schattdorf, zu den Lehrkräften in den Volksschulen des Kantons Uri; Antwort des Regierungsrats

1. Ausgangslage

Landrat Urs Dittli, Schattdorf, hat am 26. August 2010 eine Kleine Anfrage zum Mangel an Lehrpersonen eingereicht. Anlass ist der Beginn des neuen Schuljahrs. In der Presse werde allgemein von schweren Missständen im Bildungsbereich, speziell von drastischem Lehrermangel berichtet. Beispielsweise stehe im Kanton Luzern jede fünfte Lehrkraft mit einer nicht passenden Ausbildung vor der Klasse. Landrat Urs Dittli erkundigt sich nach der Situation in den einzelnen Klassen der Volksschule im Kanton Uri.

Gestützt auf diese Ausgangslage hat Landrat Urs Dittli dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

2. Zu den gestellten Fragen

1. *Wie viele Lehrkräfte unterrichten in den Urnern Volksschulen, ohne dass sie für ihre Klasse ein adäquates Diplom besitzen?*

An den Urner Volksschulen unterrichten total rund 450 Lehrpersonen. Davon weisen aktuell 42 Lehrpersonen kein adäquates Diplom auf. Von den 42 Lehrpersonen verfügen 40 zwar über ein Lehrdiplom, aber nicht für die Stufe, in der sie eingesetzt werden.

2. *Wie zeigen sich die Zahlen der Lehrkräfte ohne passende Ausbildung in unserem Kanton - aufgeschlüsselt auf die einzelnen Stufen Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe und die Fachausbildungen Integrative Förderung (IF) und Integrative Begabungs- und Begabtenförderung unserer Volksschule?*

24 Lehrpersonen unterrichten auf der Primarstufe zusammen insgesamt 213 Lektionen, was 7,3 Vollzeitpensen entspricht. Die Lehrpersonen arbeiten vielfach auf verschiedenen Stufen im Primarschulbereich. Eine Zuordnung zu einer einzelnen Stufe (Unterstufe oder Mittelstufe) ist deshalb nicht möglich.

Der Grossteil der Lehrpersonen ohne adäquates Diplom auf der Primarstufe, nämlich 20, ist im Bereich der schulischen Heilpädagogik tätig und damit den in der Frage formulierten Fachausbildungen zuzuordnen.

Die 18 Lehrpersonen mit einer nicht adäquaten Ausbildung für die Oberstufe unterrichten zusammen 150 Lektionen, was 5,1 Vollzeitpensen entspricht. Meist sind es Lehrpersonen mit einer Erstausbildung als Primarlehrer oder Primarlehrerin, die einen Fachbereich auf der Oberstufe abdecken und in einem kleinen Pensum auf der Oberstufe angestellt sind. Einige dieser Lehrpersonen absolvieren aktuell eine Nachqualifikation zur Oberstufenlehrperson.

3. *Wie stellt sich der Regierungsrat zu Ausbildungsmodulen, die es den gegenwärtig nicht mit einer adäquaten Ausbildung versehenen Lehrkräften ermöglichen würde, eine Nachqualifikation in sinnvoller, resp. machbarer Zeitdauer zu erlernen?*

Die Lehrpersonen ohne adäquates Diplom erhalten für ihre Unterrichtstätigkeit eine in der Regel auf ein Jahr befristete Lehrbewilligung. Absolvieren Lehrpersonen eine berufsbegleitende Nachqualifikation, wird ihnen eine auf die Dauer der Ausbildung begrenzte befristete Lehrbewilligung erteilt.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass in erster Linie EDK-anerkannte Ausbildungsgänge zu absolvieren sind. Aus Urner Sicht besteht im Moment kein Bedarf, an den Pädagogischen Hochschulen nicht EDK-anerkannte Ausbildungsmodulare als Massnahme gegen den Mangel an Lehrpersonen anzubieten.

Der Erziehungsrat verfolgt seit Jahren konsequent die Zielsetzung, möglichst alle Lehrerstellen mit adäquat ausgebildeten, EDK-anerkannten Abschlüssen, zu besetzen. Bisher ist das gut gelungen. Da aber immer wieder Engpässe mit Stellenbesetzungen entstehen, ist der Erziehungsrat aber weiterhin bereit, einzelfallbezogene, kantonale Nachqualifikationen in maximal zwei Fachbereichen zu ermöglichen. Er will den Anteil an speziellen kantonalen Lehrbewilligungen aber möglichst gering halten. Diese Praxis hat sich bewährt. Sie wird von den Schulbehörden sehr begrüsst.

4. *Wäre für den Regierungsrat eine Neuausrichtung der Lehrerausbildung, die ein breiteres Spektrum für den Einzelnen abdecken würde, erstrebenswert?*

Ja. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass diese Frage eingehend diskutiert werden muss und zwar für die Ausbildung zur Lehrperson auf der Primarstufe und auch für die Ausbildung zur Lehrperson auf der Oberstufe. Verschiedene Kantone prüfen gegenwärtig entsprechende Anpassungen in der Ausbildung.

Die Optimierung der Lehrpersonenausbildung muss vorwiegend auf nationaler und regionaler Ebene angegangen werden. Der Kanton Uri wird sich an dieser Diskussion in verschiedenen Gremien beteiligen und sich auch dafür einsetzen, dass insbesondere auf der Oberstufe die heute uneingeschränkte Fächerwahl beim Studium verändert wird. Weiter wird er sich dafür einsetzen, dass die Pädagogischen Hochschulen attraktive Angebote für Quereinsteigende schaffen müssen, ebenso aber auch attraktive Angebote für ausgebildete Lehrpersonen zur Nachqualifikation für weitere Fächer.

5. *Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat von Seiten des Kantons zu unternehmen, um diesem Missstand, zu wenig Lehrkräfte mit einer ausreichenden Ausbildung in den Klassen zu haben, in geeigneter Zeit Herr zu werden?*

Die 42 Lehrpersonen ohne adäquates Diplom unterrichten meist in einem kleinen Pensum (siehe Antwort auf Frage 2). Der Regierungsrat erachtet die Gesamtsituation der Besetzung der Lehrerstellen im Kanton Uri zum jetzigen Zeitpunkt als recht gut.

Es drängen sich deshalb aus seiner Sicht keine speziellen Massnahmen auf. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 4 verwiesen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats; Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor

